Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • Düsternbrooker Weg 70 • 24105
Kiel

An die Vorsitzende des
Sozialausschusses
Siegrid Tenor-Alschausky
z. Hd. der Geschäftsführung
Frau Tschanter

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/363**

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtag Schleswig-Holstein

Monika Heinold (MdL)
Sozialpolitische Sprecherin
Parlamentarische Geschäftsführerin

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1517
Zentrale: 0431/988-0
Telefax: 0431/988-1501

monika.heinold@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Kiel, den 14. November 2005

Sitzung des Sozialausschusses am 17. November 2005 / Fragen an die Bildungsministerin zur Novellierung der Kindertagesstättenfinanzierung SGB XII-Ausführungsgesetz

Sehr geehrte Frau Tenor-Alschausky,

im Schreiben vom 28.10.05 an die Vorsitzende des Bildungsausschusses äußert sich die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände abermals zur Novellierung des Kindertagesstättengesetzes:

„ Mit Schreiben vom 11.8.05 haben wir unsere bereits Anfang 2004 gegenüber dem Bildungsministerium erhobenen Forderung untermauert, dass es unerlässlich ist, dass alle öffentlichen Kostenträger zeitnah vor Ablauf der zweijährigen Aussetzung der Landesförderung nach § 25 Abs. 2 KiTaG auch angesichts neuer qualitativer wie auch quantitativer Anforderungen die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen grundlegend überdenken müssen. Umso erstaunlicher war es für uns, dass dessen ungeachtet (mit verkürzter Anhörungsfrist) der Gesetzentwurf vorgelegt wurde, ohne sich mit unseren Argumenten auseinander zu setzen. Dabei war für uns nicht nachvollziehbar, wieso angesichts einer Wirkung dieses Gesetzes ab frühestens 1.8.2006 man nicht zumindest jetzt die über eineinhalb Jahre verschleppte Diskussion über die Finanzierungsfrage zügig angehen würde.“

Ich bitte Sie dafür Sorge zu tragen, das auch der Inhalt dieses Schreibens in der gemeinsamen Anhörung von Bildungs- und Sozialausschuss am 17. November berücksichtigt wird und bitte Sie vor diesem Hintergrund nachstehende Fragen im Vorwege an das zuständige Ministerium weiter zu leiten:

1. Ist es richtig, dass die Landesregierung die Anhörungsfrist zum „WeitEntwKitaG“ verkürzt hat, wenn ja, mit welcher Begründung?
2. Warum will die Landesregierung bereits im Dezember mit verkürzter Anhörungsfrist ein Gesetz verabschieden, das erst zum 1.8.2006 in Kraft treten soll?
3. Stimmt die Landesregierung der Aussage zu, dass angesichts neuer qualitativer wie auch quantitativer Anforderungen die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen grundsätzlich überdacht werden muss? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die vom Landesrechnungshof bzw. vom Fachverband evangelischer Kindertagesstätten vorgebrachten Argumente und Kostenberechnungen hinsichtlich der durch den konkretisierten Bildungsauftrag verursachten Mehraufwendungen in den Kindertagesstätten (zusätzliche Stundenkontingente, Fortbildung, Fachberatung- und Begleitung)?
5. Hält die Landesregierung die bisherige regionale Verteilung der Haushaltsmittel für die Kindertagesstätten für gerecht? Wird damit jedes Kind im Land bzw. jede Betreuungsstunde in gleicher Höhe gefördert? Gibt es Unterschiede zwischen den Kreisen und wenn ja in welcher Höhe? Falls es eine unterschiedliche Förderung gibt, wie begründet die Landesregierung, dass sie diese Mittelverteilung bis 2010 fortschreiben will?
6. Die aktuelle Verteilung der Mittel begründet sich auf Zahlen aus den Jahren 2001-2003. Hält es die Landesregierung für gerecht, diese Verteilung bis 2010 fortzuschreiben?
7. Wie begründet die Landesregierung, dass bei einer Fortschreibung der Mittelverteilung diejenigen Kreise, die zukünftig nach dem TAG neue Krippenplätze schaffen keinen Bonus dafür erhalten und diejenigen, die rückläufige Kinderzahlen haben und das Betreuungsangebot abbauen die Mittel in gleicher Höhe wie bisher erhalten ?

Weiterhin schlage ich vor, dass auch der Landesrechnungshof zum Anhörungstermin zugegen ist, um seine Stellungnahme zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Heinold MdL